

Die gefährliche Mischung des Jörg Haider: Rechtspopulismus plus Rassismus¹

Peter Gstettner

Emotionalisierung und Beliebigkeit: Die Erfolge des Haider-Systems

Die Ergebnisse der Nationalratswahl vom 3.10.1999 führten, ganz im Gegensatz zur Intention der wahlgewinnenden FPÖ, zur Erstarrung der politischen Landschaft Österreichs: Die Liberalen kamen nicht mehr ins Parlament, weil sie unter 4 Prozent blieben, und die »Freiheitlichen« Jörg Haiders, die vor einer »Überfremdung« Österreichs gewarnt und gegen AusländerInnen gehetzt hatten, führen ein fulminantes Wahlergebnis ein. Der Schock über den Erdrutschsieg der FPÖ, 27 Prozent der ÖsterreicherInnen hatten die Haider-Partei gewählt, saß mindestens ebenso tief wie der über die Reaktionen darauf aus dem Ausland.

Die nicht-österreichische Presse gab ihrer Sorge über den deutlichen Rechtsruck in Österreich gelegentlich auch mit drastischen Formulierungen und Vergleichen Ausdruck. Allerdings darf darüber nicht vergessen werden, dass der österreichische Boulevard und die beiden Regierungsparteien, SPÖ und ÖVP, schon längst der Faszination des Erfolges rechtspopulistischer Politik verfallen waren.² Das führte dazu, dass diese beiden Parteien für die gewöhnlichen WählerInnen weder programmatisch noch faktisch von der FPÖ zu unterscheiden waren. Damit war auch jede ideologische Polarisierung zwischen den Großparteien abhanden gekommen; gefragt war nur mehr, welcher der Parteiführer ein effektiveres Management von politisch angestachelten Bedürfnissen, Hoffnungen und Ängsten betreiben konnte. In diesem Bereich der sogenannten Design-Politik, wo es um die Erzeugung, Verteilung und Manipulation von sozial wirksamen Symbolen geht, sind die Parteiführer zwar immer noch Leitfiguren, die jedoch untereinander umso austauschbarer werden, je flexibler, mobiler und schneller sie sich in der Welt der Produktion virtueller Realitäten bewegen können. Moderne dynamische Politiker, die als »Kulturkämpfer im digitalen Kapitalismus« (Peter Glotz) bestehen wollen, müssen deshalb Top-Unternehmer-Qualifikationen haben oder sich solche zukaufen, z. B. von Web-Designern, Internet-Beratern, Medienunternehmern, Markt- und Symbolanalytikern, Umfrage- und Motivforschern usw. Das Ziel ist die »Überbietung des bisher Dagewesenen: Das ist das Wortführersyndrom« (Glotz 1999, 54).

Begleitet wird dieses Syndrom von einer wachsenden Gruppe von WechselwählerInnen, weil – so ein Ergebnis der Wiener Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft – die WählerInnen keine Vorstellungen mehr davon haben, welche Partei wofür steht, und welche PolitikerInnen welche Ziele verfolgen. Die Emotionalisierung wird dort gepflegt, wo Ressentiments gegenüber »denen da oben« leicht zu wecken sind. Die Lufthöhe über den Biertischen gehört deshalb seit längerem schon den rechten Populisten, obgleich sie selbst zu »denen da oben« gehören. »Wer je eine Versammlung der Anhänger Le Pens, eine der bierge-

schwängerten Massenversammlungen zu Füßen von Franz Josef Strauß oder dem »neuen Franz« Schönhuber erlebt hat, weiß, wie hoch da die Gefühle gingen und gehen. Da fühlt sich niemand mehr einsam, unterdrückt, zum vernünftigen Tun vergattert, sondern als Teil einer singenden, brüllenden, klatschenden Gemeinschaft von Patrioten, die ihren »Mann« stehen und von einer weisunggebenden Figur auf den Heilsweg geführt werden. Und am nächsten Tag? Da werden sie wieder zu grauen Mäusen, zu gehorsamen Bürokraten, folgsamen Angestellten, fleißigen Lohnbeziehern. Genau wie das Management sich seine Hand- und Kopflanger wünscht.« (Jungk 1991, 7-8)³

Die Absenz politischer Profile der Parteien begünstigte die schleichende »Verhaiderung« Österreichs. Populismus im Zeitalter des digitalen Kapitalismus und des superschnellen Wandels von Symbolen muss sich an der Spitze, also an »denen da oben«, orientieren, da mit der einmal errungenen Wortführerschaft auch viel Macht und Geld auf dem Spiele steht. Wie es dabei »denen da unten« wirklich geht, interessiert allenfalls am Rande oder vor der nächsten Wahl. So ist nicht weiter verwunderlich, dass die Realität des Alltagsrassismus und -antisemitismus zu einer gewohnten Kulisse geworden ist, vor der Übergriffe auf AusländerInnen, Juden, Sinti und Roma, brutale Polizeirazzien, Abschiebungen mit Knebelung und Fesselung (im Fall Omofuma mit Todesfolge für das Opfer), mediale Hetze (besonders der Kronzeitung), Stigmatisierung, Ausgrenzung und verbale rassistische Ausfälle allenfalls noch eng begrenzte und kurzfristige Empörungsaufwallungen auslösten. Deshalb hatte die negative ausländische Presse nach der Nationalratswahl für die Wahrnehmung des Rassismus und Antisemitismus österreichischer Prägung einen erheblichen Verstärkungseffekt:⁴ Der Spiegel, der Österreich vorgehalten wurde, löste unangenehme Gefühle und Stimmungen aus, die man lieber weiter verdrängt hätte. Emotionen kamen hoch und Zeiten, die man schon längst für vergangen hielt, warfen erneut ihre Schatten auf Österreich.

Eine **erste Konsequenz** aus dieser Entwicklung könnte so lauten: *Über die Erscheinungen des Rassismus und Antisemitismus darf nicht hinweggesehen werden, nur weil sich diese beiden Ideologien nicht mehr in ihren traditionellen, konsistenten und leicht fassbaren Formen äußern. Das aktuelle Konglomerat von verbalen Angriffen, sozialen Ausgrenzungen, nationalen Stereotypen und rechtlichen Diskriminierungen hat schon längst auf subtilem Wege das Alltagsbewusstsein der breiten politischen Mitte besetzt und bestimmt das entsprechende Handeln. Strukturelle Gegenmaßnahmen zu Rassismus und Antisemitismus sind staatlicherseits nicht zu erwarten, denn dazu ist der populistische Umgang mit dem eigenen »institutionalisierten Rassismus« schon zu sehr Bestandteil der praktischen Politik aller Parteien geworden.*⁵

Das negative Auslandsecho auf die Wahlerfolge der FPÖ verstummte auch nicht während der ganzen Phase der Verhandlungen zur Regierungsbildung. Nicht zuletzt waren es diese Warnungen und Befürchtungen, die das »Andere Österreich« bewogen, nach einem Monat der Rat- und Sprachlosigkeit zu einer bundesweiten Demonstration aufzurufen. »Keine Koalition mit dem Rassismus« war das Motto der Großdemonstration in Wien am 12. November 1999. Es war die Rede vom »dubiosen Umgang mit der Nazivergangenheit« und von der »Schande Österreichs«, weil so viele Menschen Haider »demagogischer Hetze« gegen AusländerInnen und sozial Schwache auf den Leim gegangen waren. Nach der Waldheimaffäre, deren positive und läuternde Effekte hinsichtlich einer breiten Selbst-

reflexion des Wahlvolkes auf den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik vielleicht doch falsch eingeschätzt wurden, war Österreich mit dem Faktum konfrontiert, sich nun erneut als »Naziland« in die internationalen Schlagzeilen gerückt zu sehen. Da nützte es auch nichts, dass einige Wochen später in der Schweiz eine Partei mit ganz ähnlicher ausländerfeindlicher Demagogie zu punkten vermochte: Christoph Blocher führte Ende Oktober 1999 bei den Parlamentswahlen die Schweizerische Volkspartei (SVP) zu spektakulären Stimmengewinnen, wobei er ihre Anteile von 15 auf 22,5 Prozent steigern konnte.

Eine **zweite Konsequenz** kann so formuliert werden: *Das die Globalisierung des Migrationsproblems zum idealen Hebel für eine rechte »europäische Anti-Ausländer-Politik« wurde, die außer Österreich nun auch die Schweiz erfasst hat, führt selbst dann zu keiner schlüssigen Erklärung des FPÖ-Wahlerfolges, wenn man Haider mit Schönhuber, Le Pen, Blocher oder anderen rechtsextremen Politikern vergleicht.⁶ Wer zum Rechtspopulismus alternative gesellschaftliche Lösungsvorschläge sucht, kommt um eine differenzierte ideologiekritische Analyse der lokalen/regionalen und historischen Rahmenbedingungen des Haider-Syndroms nicht herum, wobei so eine Analyse im Kontext des politischen Alltagshandelns aller ParteienvertreterInnen erfolgen muss. Die Konzentration auf plakative Vergleiche mit neofaschistischen Strömungen in anderen Ländern und das Aufzeigen von punktuellen Parallelitäten zwischen Nazifaschismus und FPÖ führen bei der Mehrheit der FPÖ-WählerInnen in die Sackgasse der emotionalisierten Abwehr und damit zur Gegenauflärung.*

Die wenig beachtete Vorreiterfunktion Kärntens

Nach der Herbstwahl 1999 war zu beobachten, dass die Bundespolitik, mehr denn je, mit der FPÖ einen taktischen Umgang pflegte, und dass man sich über die Konsequenzen des Schocks vom 3. Oktober keineswegs klar war. Auch die Absicht der Demonstration vom 12. November, eine Regierungsbeteiligung der FPÖ, auch eine indirekte, außer Diskussion zu stellen, entpuppte sich als politischer Nicht-Konsens: Vor allem die ÖVP wollte sich alle Optionen für künftige Koalitionsbildungen offen halten. Aber auch die SPÖ wurde von den tagespolitischen Strategieüberlegungen überrannt und ging dem Haider-Syndrom nicht auf den Grund.

Offenbar hatte man sich auf Bundesebene zu sehr daran gewöhnt, dass die spektakulären Zugewinne der Haider-Partei bisher eine Sache Kärntens waren. So war man anscheinend der Meinung, diese »Bewegung«, die jetzt überraschenderweise auf Österreich übergreifen hatte, geografisch verorten und damit »bannen« zu können: Kärnten war das Bundesland, das für die österreichische Demokratie als verloren galt, nachdem Machtfülle und Selbstherrlichkeit von der Kärntner SPÖ, nicht ohne deren eigenes Zutun, sukzessive an den kleineren »Partner« FPÖ abgegeben wurden.⁷ Dass die FPÖ in Kärnten im Frühjahr 1999 vollends in die Fußstapfen der regierungsgewohnten SPÖ getreten war, dass nun in Kärnten eine andere Führerpartei das Ruder ergriffen hatte, auch dies war noch kein Anlass dafür, dass bei den Bundesparteien ein Umdenken einsetzte. Sofern sich die Kärntner FPÖ lediglich das geltende Prinzip der »Freunderlwirtschaft« bei Postenbesetzungen und Förderungen zunutze zu machen wusste, traf dies auf ein breites Verständnis, da offenbar ohnehin niemand davon ausging, eine regierende FPÖ würde die Machtstrukturen wirklich ändern. Für viele war in Kärnten die Änderung der »Farbe« an der Spitze genügend Änderung, zumal »rot« in den letzten Jahren auch

nicht mehr das halten konnte, was es einmal an Posten, Wohnungen und anderen Vergünstigungen versprochen. Viele werden sich gedacht haben: Mal sehen, ob die FPÖ das halten kann, was sie an Versprechungen macht.

Als langjähriger Beobachter und »Betroffener« der Kärntner Politik komme ich deshalb zu einer **dritten Schlussfolgerung**: *Der Schock vom 3. Oktober 1999 kommt mindestens 10 Jahre zu spät, weil die Dialektik von politischer Peripherie und politischem Zentrum nicht beachtet wurde. Der fehlende analytische Blick in den Süden Österreichs rächt sich jetzt bitter. Überrascht und hilflos sucht man nun nach einer neuen politischen Rollenaufteilung, die möglichst vertuschen soll, dass man die Entwicklungen in Kärnten, gipfelnd in der Machtübernahme durch die FPÖ, nie als Alarmsignale für die österreichische Demokratie empfunden hat. Jeder Entwurf von »Gegenstrategien« muss deshalb analytisch davon ausgehen, dass Kärnten Exerzierfeld und Bühne für das Drama war und ist, in das sich jetzt das demokratische Österreich zutiefst verwickelt wiederfindet.*

Dabei fehlte es nicht an Ankündigungen des Dramas. Im Herbst 1989, nachdem Jörg Haider mit Hilfe der ÖVP zum ersten Mal zum Kärntner Landeshauptmann gekürt worden war, hatte er angekündigt, er werde von Kärnten aus das österreichische Proporzsystem der »Altparteien« aufrollen. Sein innenpolitisches Programm, das er in diesem Kärntner Herbst '89 auf folgende Weise zum Ausdruck brachte: »Am Kärntner Wesen könnte auch diese Republik genesen«, wurde von den Regierungsparteien in Wien entweder nicht wahrgenommen oder eben dem sprichwörtlichen »braunen« Kärntner Herbst zugeschrieben. Man hoffte, dass solche Slogans jahreszeitlich bedingte Erscheinungen wären und sich von selbst wieder verflüchtigen würden.

Tatsächlich war die erste Kärntner Landeshauptmannschaft von Haider eine vorübergehende Erscheinung, wurde er doch durch sein Lob für die »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« von der Landesspitze entfernt und auf die »Strafbank« gesetzt, nämlich zum Landeshauptmannstellvertreter abgestuft – was viele fälschlicherweise schon für einen »Absturz« oder eine »Abwahl« hielten. Während in anderen Ländern so ein Ausspruch eines Parlamentariers zum Verlust aller politischen Ämter geführt hätte, bekam Haider im zweiten Regierungsglied lediglich willkommene Zeit, seine Partei zu modernisieren und auf einen aggressiven Oppositionskurs zu trimmen.

Nach außen hin wurde dem dumpfen Deutschnationalismus abgeschworen, innerparteilich wurden die entsprechenden personellen Altlasten mehr oder weniger rücksichtsvoll ins Abseits befördert. Dass dies unter anderem auch Haiders frühere Kampfgefährten betraf, die in den NS-Sympathien des Chefs eine innerparteiliche Festigung des nationalen Lagers sahen, war weniger eine Ironie des Schicksals als vielmehr kaltes Kalkül: Die alten Kampfgefährten wurden der personellen und ideologischen Modernisierung geopfert. Es wurde an der Parteit Spitze eine junge Garde in Amt und Würden eingesetzt, die später als »Buberlpartie« zu einem bestimmten Ruf gelangen sollte, ein Ruf, der mit Inkompetenz, Ungehobeltheit und Gefolgschaftstreue zum Parteiführer assoziiert wurde. Die »Buberlpartie« wurde zum zusätzlichen Vorwand, sich auf Bundesebene mit dieser Partei nicht ernsthaft auseinanderzusetzen.

Da die Folgen dieser 10jährigen Verdrängungsleistung von Entwicklungen, die man zu lokalisieren (Kärnten) und zu personalisieren (Haider und seine »Buberln«) können glaubte, am 3. Oktober 1999 nachhaltig spürbar geworden sind, lohnt es

sich, nochmals den Blick auf Kärnten vor zehn Jahren zu werfen und zu fragen, was sich damals unter der FPÖ-Landesführung abzeichnete. Was ist dieses »Kärntner Wesen«, das damals von Haider zur Republikgenesung beschworen wurde? Ist es dasselbe Syndrom, das heute österreichweit zur Anwendung gebracht werden soll und das jetzt der 2. Republik zur Schande gereicht?

Kritische Analysen aus Kärnten haben schon 1989 aufgezeigt, dass die von Haider propagierte »Erneuerung des politischen Systems« Österreich nicht nur an den rechten Rand Europas führen wird, sondern sich schon zuvor mit anderen rechts-extremen europäischen Strömungen vereinigen kann. Es entsprach dem Zeitgeist, dass alle Rechtspopulisten in Europa im Pokerspiel um Stimmenmaximierung die nationale Karte ausspielten, um mit dem Blatt »nationaler Patriotismus« die »multikulturelle Gesellschaft« auszustechen (vgl. Gstettner 1993). Damit galt es in einem europaweiten Problem- und Kernbereich zu punkten, nämlich in der Migrations- und Asylproblematik. Hier konnten am ehesten Grund- und Bürgerrechte eingeschränkt und eine weitergehende Demokratisierung behindert werden, denn so ein Vorgehen würde nirgendwo auf eine starke Lobby treffen, die sich für »die Fremden« und ihre Rechte stark macht. Schon damals lagen solche Tendenzen insofern im Modernisierungstrend der FPÖ, als die volkstümelnde Nostalgie, die dem traditionellen Deutschnationalismus die Referenz erwies, zunehmend an Dominanz in der Parteipropaganda verlor. Gleichzeitig entsprach die Absage an den alten, verknöcherten Deutschnationalismus dem Vorhaben Haiders, auf Bundesebene den »Österreichpatriotismus« seiner Partei und in Kärnten den »Regionalismus« herauszukehren. Seine damalige, in Wien belächelte Lieblingsvorstellung war der »Freistaat Kärnten«. Dieses Konzept, nicht unähnlich dem der italienischen Separatisten von der »Lega Nord«, war als Gegenbewegung zum EU-Zentralismus, aber auch als Drohung gegen die Parteizentralen in Wien zu verstehen, sollten sie sich seinem »Erneuerungsprogramm« in den Weg stellen.⁸

Daneben waren 1989 im Haider-Land Kärnten folgende Trends auszumachen, die – und dies muss bei einer Verlaufseinschätzung im Auge behalten werden – bei den beiden anderen Parteien keine wesentlichen oppositionellen Kräfte freigesetzt haben:⁹

- Die politische »Erneuerung« sollte in der Renaissance des vordemokratischen Gesellschaftsverständnisses des Deutschen Idealismus erfolgen, dem zufolge Gleichheitsgedanke und Freiheitsbegriff der Französischen Revolution als schädliche Utopien gelten. Eine biologisch legitimierte Ungleichheitsideologie sollte den Geist der alten/neuen Wertegemeinschaft heraufbeschwören, die als »soziale Volksgemeinschaft« ihr Handeln bewusst antipluralistisch ausrichtet. Pluralismus der Werte und Vielfalt der Völker werden allenfalls als untergeordnete und nur als hierarchisch abgestufte Kategorien innerhalb einer »abendländischen«, naturgewollten Ungleichheit akzeptiert.
- »Erneuerung« wurde unter diesem Blickwinkel als politische Offensive zur Bewahrung der »völkischen Substanz« des eigenen Volkstums vor »Überfremdung« gesehen. Obwohl Kärntens Abwehrkampf gegen alles Fremde ohnehin stets eine minimale Quote an GastarbeiterInnen, Zuwanderern und Flüchtlingen zur Folge hatte, konnte gerade in diesem Land die »Überfremdungsgefahr« zum Politikum gemacht werden. Das war nur möglich, weil Kärntens Geschichte als Resonanzboden für die Stilisierung solcher Gefahren, die historisch

immer vom Süden her drohten, schon vielfach politisch missbraucht wurde. So konnte die FPÖ das »Recht auf Heimat« als Schutz des heimatlichen Lebensraumes vor »fremdvölkischen« (zumeist slawischen) Einflüssen propagieren. So konnte sie Front gegen eine »drohende Slowenisierung« und gegen eine gemeinsame deutsch-slowenische Schule machen (vgl. Gstettner 1988).

- Auf diesem Nährboden wurde eine politische Ideologie hochgezüchtet, die als solche nicht in Erscheinung treten musste, weil sie sich als Fürsprecherin der »berechtigten Anliegen« der einheimischen Bevölkerung ausgab: Die ausländergefeindliche Abschottung des Landes wurde zur inländerfreundlichen Maßnahme einer Politik »für's eigene Volk«. Die antisemitische und antikommunistische Stimmungsmache wurde zum »antimaterialistischen«, freien und idealen Bekenntnis zu Volk und Heimat. Die ethnopolitische Zuspitzung der Gesellschaft wurde zum Heimateure-Bekenntnis »Kärnten deutsch, frei und ungeteilt«. Die apartheidähnliche Separierung der Minderheit wurde zum Ethnopluralismus – frei nach dem Motto: »Jedem Volk sein Recht auf seinen Lebensraum, jedem Bürger sein Heimatrecht dort, wo er herkommt und wo er hingehört; der Mehrheit, was der Mehrheit ist, und der Minderheit, was nach ihrer »Feststellung« übrig bleibt«.
- Gesellschaftliche Eliten wurden dort gefördert, wo bereits erfolgreich der Rückzug des Staates begonnen hatte: im Raum der ehemals politisch kontrollierten Öffentlichkeit. Der zurückgedrängte Staat mit seinen entwerteten Institutionen öffnete dem neoliberalen Prinzip das Tor zu einer neuen scheinbaren Freiheit des Individuums: Freie Bahn dem Tüchtigen und Anständigen, dem Flexiblen und dem Angepassten. Die »Heimat« wurde so zu einem engmaschigen territorialen Raum für eine restriktive Politik der Reglementierung und Kontrolle. Dagegen wurde die globale Verpflichtung der Politik, für die Entwicklung einer menschengerechten Verteilung in Ökonomie und Ökologie, für das friedliche Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft, schrittweise aufgegeben. Politisch gefördert wurden dagegen Emotionalisierung und Privatisierung öffentlicher Angelegenheiten, z. B. der Neid auf einen eventuellen persönlichen Vorteil des Nachbarn, die Angst um den Erhalt des eigenen Lebensstandards bei zunehmender Wirtschaftsmigration, die Sorge um die »Identität« bei anhaltender »Überfremdung« der eigenen Heimat. Auf diese Weise gelang es der FPÖ, die Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien in möglichst viele Angst- und Proteststimmen zugunsten der eigenen Partei umzulenken, und den »Altparteien« zu signalisieren, dass sie nicht mehr im öffentlichen Interesse, sprich »im Interesse des kleinen Mannes von der Straße«, Politik machten. Damit wurde aber das Private weder positiv besetzt, noch bekam es eine zukunftsfähige Perspektive. Es wurde regressiv eingekapselt, auf das Gestrige fixiert und dem zu Bewältigenden gegenüber negativ eingestellt. So konnte Kärnten unter Haider bisher noch keine Erfolge aufweisen, weder im Tourismus noch als Industriestandort, weder wirtschaftspolitisch noch außenpolitisch, weder bildungspolitisch noch kulturpolitisch, weder medienpolitisch noch wissenschaftspolitisch.¹⁰ Die propagierte »Erneuerung« erwies sich als Stillstand, in dem wechselnde Ankündigungen und politische Gags die einzig wirklichen »Bewegungen« darstellten. Paul Virilio (1992) würde so etwas einen »rasenden Stillstand« nennen.

Modernisierung im Zeitgeist der Postmoderne?

Heute präsentiert sich die FPÖ als zweitstärkste Bundespartei im postmodernen, entideologisierten Gewande einer herkömmlichen Mittel- oder Großpartei. Der »Rechtsextremismus« der Partei hat sich verflüssigt. Die klassischen Elemente rechts-extremer Strömungen sind zwar nach wie vor in der FPÖ vorhanden¹¹, sie scheinen aber durch die flexible Umsetzung und durch die Globalisierung aller Prozesse nur mehr verschwommene Konturen zu haben. Sie sind »aufgehoben« im allgemeinen Trend zur neoliberalen Öffnung der Märkte (auch von Märkten der symbolischen Politik) und zur Deregulierung von traditionellen politischen Systemen. Mit einem Bild gesprochen: Dirigenten und Orchester haben die Bühnen verlassen, die Manager des mediengerechten Playbacks haben das Sagen (vgl. Anselm u. a. 1999, 9-22).

Eine auf diese Weise modernisierte FPÖ ist gut beraten, sich nicht allzu deutlich gegen diese Trends zu stellen. Als »Mittelpartei« kann die FPÖ auch jetzt gelassener zusehen, wenn sich rechtsaußen wieder neonazistische Gruppen bilden. Sie muss nun nicht mehr unbedingt als »blauer Staubsauger«¹² alle Splittergruppen am äußersten rechten Rand inhalieren.

»Erneuerung« wird von der FPÖ ihrer Klientel zwar nach wie vor versprochen, Perspektiven und Inhalte wechseln jedoch ständig und rasch. Sie sind ebenso der Geschwindigkeit des »digitalen Kapitalismus« unterworfen und von Abnutzungserscheinungen betroffen, wie die Selbststilisierungen Haider als »Volkstribun«, »Robin Hood«, »Familien- und Kinderfreund«, »Minderheitenförderer«, »Regionalist« oder »Ethnopluralist«. Hauptsache scheint zu sein, ein Image aufrecht zu erhalten, bei dem eine Leitfigur für die Themenführerschaft, für einen diffusen Protest und für einen ungerichteten Wandel steht.

Erneuerung und Wandel wurden so selbst zur Ideologie, da nicht mehr gefragt wird, wo und zu wessen Nutzen etwas bewegt werden soll. Damit wird auch verschleiert, dass »Wandel« im Austausch der Eliten besteht und dass nun die FPÖ zu jenen Schaltstellen der Macht- und Kapitalsteuerung drängt, die bisher von SPÖ und ÖVP besetzt waren. Wenn alles in Bewegung gerät, aufgerührt wird, altbewährte Systeme ihre Orientierungsfunktionen verlieren, dann wird gleichzeitig der Ruf nach einem starken Führer, nach einer neuen Ordnungsmacht wieder laut. Nach mehr Demokratie wird in Zeiten wie diesen nicht gerufen, denn dem Trend nach Entstaatlichung und den Axiomen des neoliberalen Kapitalismus entsprechen eine größere Flexibilität und Disponibilität des Einzelnen und eine bereitwilligere Masse, die auch einem Parteiführer in seinen Partial- und Einzelinteressen zu folgen vermag.¹³ In Zeiten der Globalisierung heißt dies: Machtkonzentration ohne Zentralisierung, flexible Produktion bei gesteigerter Arbeitsintensität, abrupte Freisetzung von Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Alter und Qualifikation (vgl. Sennet 2000).

Durch die Allgegenwart von Ellenbogenmentalität und egoistischer Unkultur kann daraus nur eine neue, brutalere Verwirrung der Geister entstehen, eine zwar selbstgemachte aber deshalb nicht weniger tiefgreifende soziale und psychodynamische Verunsicherung, die bisher offensichtlich am erfolgreichsten von der Haider-Partei manipuliert und politisch funktionalisiert wurde. Insofern handelt es sich bei dem Haider-Populismus um eine antiintellektuelle, irrationale, vordemo-

kratische Bewegung, die den Führerstaat ebenso heraufbeschwört wie die Wirtschafts-anarchie und den Staatsbankrott.

Das Propagieren des sozialdarwinistischen Überlebensprinzips des Stärkeren und die gleichzeitige reale Bedrohung durch die neoliberale Modernität (Deregulierung und Globalisierung des Marktes) erlauben die Anheizung eines Klimas verschärfter innerer Radikalisierung, äußerer Militarisierung und Nationalisierung. Aggressions- und Gewaltbereitschaft werden durch zusätzliche fiktionale (Überfremdungs-)Ängste in einem Zustand permanenter Aktualität gehalten. So gelang es der FPÖ auch, den Wunsch nach der »guten alten Zeit« einer »ordentlichen Beschäftigungspolitik« virtuell wachzuhalten, ohne dass diese Partei den Beweis antreten muss, dass sie diese oder andere Erwartungen und Wünsche erfüllen kann.

Der wechselhaften Wunschproduktion und der raschen Abfolge von politischen Sägern und Gags entsprechen jedoch im Alltag sehr reale Wünsche und Träume nach einem besseren Leben. Auf dieser konkreten Ebene müssten Gegenstrategien ansetzen, ohne sich von vornherein des Verdachts der Kanalisierung, der Täuschung und des Missbrauchs von Subjektivität schuldig zu machen. Da Haiders Populismus die (schlechte) NS-Vergangenheit als (besseren) Zukunftsentwurf für eine »ordentliche Beschäftigungspolitik« ausgibt, müssen Gegenstrategien vom Subjekt aus erfolgen und Vergangenheit und Zukunft als Erinnerungs- und Planungsarbeit bewusst verklammern. Perspektivisch ist dieses Projekt so anzulegen, dass der Blick auf und die Verantwortung für das vergangene Jahrhundert der Barbarei uns jene Sicherheiten geben, die wir für den Aufbau einer künftigen Zivilgesellschaft benötigen. Demokratie und eingelöste Menschenrechte müssen garantieren, dass dieses Projekt nicht an einem Mangel an Freiheit scheitert, denn: »Der Mangel an Freiheit führt zur Unfähigkeit, auf die eigenen Rechte zu pochen und Widerstand zu leisten. Der Mangel an Sicherheit führt zur Auflösung jener Courage, die nötig ist, um eine Grundlage für Widerstand zu schaffen und sich im Namen einer Gesellschaft zusammenzutun, die menschlichen Bedürfnissen und Schnsüchten gegenüber aufgeschlossener ist. In beiden Fällen ähneln sich die Ergebnisse in auffälliger Weise: Der demokratische Druck wird schwächer, die Unfähigkeit, politisch zu handeln, wächst, die Flucht aus der Politik und einer verantwortlichen Bürgerschaft nimmt massiv zu.« (Bauman 1999, 32)

Ein **viertes Fazit** zum Schluss: *Nur durch die Gewinnung von Freiheit und Sicherheit ist dem Konzept »Populismus plus Rassismus« beizukommen, weil Gegenaufklärung noch immer mit der Angst und Verunsicherung des Subjekts, mit der Diffamierung von Erziehung als »Umerziehung«, mit der Denunziation von Antifaschismus als »Linksfaschismus«, mit der Abwertung von internationaler Solidarität als Wertrelikt von »Gutmenschen«, mit der Missachtung von interkultureller Bildung als »linke Spinnerei« usw. gearbeitet hat. Eine aufgeklärte Zivilgesellschaft braucht dagegen die Freiheit einer demokratischen Konfliktkultur, in der es nicht des persönlichen Mutes bedarf, den Kampf um Menschenwürde und -rechte zum Gegenstand öffentlicher, und wenn es sein muss, kontroversieller Politik zu machen.*

Der konflikttheoretische Ansatz, der bisher von einer sozialpartnerschaftlichen Harmonisierung verdrängt war, muss notwendigerweise in den Vordergrund treten und die praktische Analyse der politischen Systemzusammenhänge und -hintergründe anleiten. Er ist auch das einzige Instrument, das der »reflexiven Modernisierung« (Ulrich Beck) adäquat ist: Den von der »modernen« Politik mitgetrage-

nen Prozessen des globalen Neoliberalismus mit seinen hochriskanten und selbstständigen »Selbstläufen« in Richtung Konkurrenzkampf, Kleinkrieg, ethnische Zuspitzung und rassistische Exklusion, Entpolitisierung der Massen und Demokratieabbau, Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, ist nur durch eine höhere Bewusstheit über eben diese Risiken und Gefahren zu begegnen. Und diese »höhere Bewusstheit« ist nur über ein Mehr an politischer Bildung zu erreichen. Dies schließt den gemeinsamen Kampf gegen die großen Vereinfacher und verbalen Vernebler ein, die mit den Mitteln der Demagogie und der virtuellen Schwarz-weiß-Malerei ein Szenarium der Gesellschaft entwerfen, das zwischen Ängsteschüren und Stabilitätsversprechungen oszilliert. In diesem Szenarium soll sich das einzelne Individuum zwischen dem freien Spiel der Kräfte des globalen Marktes und dem der lokalen/nationalen Konzentration der politischen Macht in den Händen »freiheitlicher« PolitikerInnen aufgehoben fühlen. Politische Bildung muss dieses groß angelegte populistische Täuschungsmanöver durchschaubar machen, denn das emanzipierte Individuum will nicht auf diese Weise in einem politisch konzessionierten Bewusstseinsnebel »aufgehoben« sein, da die Realität dieses Szenariums für den Menschen keine Veränderung bringt, sondern nur neues Ausgeliefertsein, weitere Entfremdung und abermaligen Rückfall in Abhängigkeit und Unfreiheit – mit dem Risiko der Wiederholung jener Barbarei, die das vergangene Jahrhundert geprägt hat.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag wurde am 15.01.2000 fertig gestellt. Spätere politische Entwicklungen konnten nicht mehr berücksichtigt werden.
- 2 »Da verbindet sich dann die neidvolle Anerkennung erfolgreich geschlagener Wahlkämpfe mit der eigenartigen Begründung, durch den Einzug der Rechtsradikalen in die Parlamente würde die Parteienlandschaft »normalisiert.« (Gstettner 1991, 289)
- 3 Eine sozialpsychologische Analyse des ähnlich gestalteten Haider-Effekts haben Goldmann, Krall und Ottomeyer (1992) geliefert.
- 4 Die EU-Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien (EUMC) hat Jahresende 1999 einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Österreich und in der Schweiz in den letzten Jahren stärker zugenommen haben als in anderen EU-Ländern, obwohl gerade in diesen beiden Staaten die Arbeitslosigkeit relativ gering und das Wohlstandsniveau vergleichsweise hoch ist. Offenbar ist jedoch aus der Angst der Satten genauso gut politisches Kapital zu schlagen, wie mit Versprechungen und ungedeckten Schecks der Neid der vermeintlichen oder tatsächlichen Zukurzgekommenen angestachelt werden kann. Die agitatorische »Kunst« der Demagogen und Populisten besteht genau darin, dass sie sowohl die Gewinner wie die Verlierer anzusprechen und auf die Seite der Verunsicherten und Frustrierten zu ziehen vermögen. Insofern ist Peter Glotz zuzustimmen, wenn er schreibt: »Die Bereitschaft vieler Menschen, das, was sie haben, mit Erbitterung und Brutalität zu verteidigen, ist märchenhaft und wird von Strategen der Emanzipation regelmäßig unterschätzt.« (Glotz 1999, 129)
- 5 Vgl. dazu die entsprechenden Analysen und Vorschläge für antirassistische Bildungsstrategien bei Aluffi-Pentini, Gstettner, Lorenz und Wakounig (1999) sowie bei Fassmann, Matuschek und Menasse (1999).
- 6 Außer Haider konnte keiner dieser Parteiführer, wie eindeutig und deutlich auch immer die jeweiligen Signale und Sympathien in Richtung Nazi-Gedankengut ausfielen, auf eine so lineare und kontinuierliche Karrierekurve hinweisen, wie sie Haider seit seiner Übernahme der Bundespartei 1986 vorlegte. Die politischen Folgen dieser Karriere sind in der rechten Parteienlandschaft Europas ohne Beispiel. Und wenn man den Vorhersagen Glauben schenken darf, dann ist mit dem FPÖ-Wahlerfolg vom 3. Oktober 1999 noch nicht der Gipfel-

- punkt des Aufstiegs des Rechtsextremismus zum »Extremismus der Mitte« (Lohmann 1994) erreicht.
- 7 Besonders der SPÖ-Landeshauptmann Leopold Wagner hat in seiner 14jährigen Regierungszeit Jörg Haider als seinen »besten Schüler« (und letztlich wohl auch als seinen logischen Nachfolger) betrachtet und ihn entsprechend gefördert. Wagner ist heute noch stolz darauf, zu Haider stets eine gute persönliche Beziehung gepflegt zu haben und ihm bei seinen Karriereschritten behilflich gewesen zu sein.
 - 8 Nachdem sich gezeigt hat, dass ÖVP und SPÖ gegenüber der Haiderischen Programmatik ohnehin keine Alternativen entwickeln konnten und dass das Vor-sich-her-Treiben der »Altparteien« ein Kinderspiel war, wurde der »Freistaat Kärnten« von Haider wieder aus der Wahlpropaganda genommen. Es blieben allerdings die Sympathien für ähnliche Bestrebungen am rechten Rand Europas. Insofern ist Haiders demonstrativ freundschaftliches Auftreten zur Unterstützung der italienischen Separatisten von »Padanien« im Herbst 1999 kein Zufall. Es entspricht auch genau seinem gebrochenen Verhältnis zur repräsentativen Demokratie, wenn er »das Volk« immer dann zu mehr direkter Beteiligung aufruft, wenn sein Konzept irgendwo noch an Widerstand oder Mehrheitsgrenzen stößt. So wird z. B. von der FPÖ in Kärnten eine Volksbefragung zum »Kinderscheck« in Aussicht genommen, da Haider die beiden anderen Parteien von der Finanzierbarkeit dieses seines Wahlversprechens nicht überzeugen konnte. Um an diesem Versprechen nicht kläglich politisch zu scheitern, will Haider »das Volk« befragen lassen, ob es das Geldgeschenk haben will oder nicht. Damit würde zwar (zugunsten der FPÖ-Propaganda) der Druck auf die anderen Parteien erhöht, das Finanzierungsdilemma bliebe aber ebenso unverändert wie das politische Pro und Kontra. Und das Volk im »Freistaat Kärnten« hätte das finanzielle Debakel, für das eigentlich die FPÖ-Politiker verantwortlich sind, mit heraufbeschworen und selbst auszubaden.
 - 9 Bei der Aufzählung der folgenden Trends stütze ich mich auf Analyseergebnisse, die vom Kollegen Gero Fischer und von mir gesammelt und herausgegeben wurden (vgl. Fischer/Gstettner 1990).
 - 10 Es bedarf hier nicht des erneuten Hinweises auf die gescheiterten Projekte der Haiderregierung. Es kann auch als bekannt vorausgesetzt werden, dass Landeshauptmann Haider ausgerechnet den profiliertesten rechtsradikalen Publizisten, den Burschenschafter Andreas Mölzer, als seinen persönlichen Berater und Referenten für Kulturangelegenheiten nach Kärnten berufen hat. Interessant ist, dass nun sogar die ÖVP in Klagenfurt, die Jahre hindurch zu Haider ein gutes Naheverhältnis hatte, von einer Koalition mit der FPÖ abrät, da sich diese Partei mit ihren Ankündigungen und politischen Umsetzungsversuchen als unverlässlich und unseriös erwiesen hat.
 - 11 Die wissenschaftliche Literatur (z. B. Schwagerl 1993) zählt zu den klassischen Elementen des Rechtsextremismus: Systematische Abwertung der parlamentarischen Demokratie, Staatsautorität unter starker Führerschaft, Konstruktion von Feindbildern, rassistische Agitation und Aggression gegen Fremde, Antisemitismus, Verstärkung und Ausnützung von Angstgefühlen, völkisch-biologische Geschichtsauffassung, Ideologisierung des Nationalbewusstseins, geschönte und verfälschte Darstellung der NS-Zeit.
 - 12 In den achtziger Jahren beklagten Neonazigruppen, dass sich Jörg Haider als »blauer Staubsauger« in ihren Reihen betätigt und sie auf diese Weise empfindlich schwächt und dezimiert. Tatsächlich fallen in diese Zeit auch zahlreiche informelle Kontakte zwischen FPÖ-Funktionären und Neonazis, z. B. das »Geheimtreffen« zwischen Haider und dem damaligen Neonazi-Chef Norbert Burger.
 - 13 Aktuellstes Beispiel dafür sind die späten Entdeckungen der finanziellen Machenschaften des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Literatur

- Aluffi-Pentini, A./Gstettner, P./Lorenz, W./Wakounig, V. (Hrsg.): Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis. Klagenfurt/Celovec 1999
- Anselm, E./Freytag, A./Marschitz, W./Marte, B. (Hrsg.): Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York 1999

- Bauman, Z.: Freiheit und Sicherheit. Die unvollendete Geschichte einer stürmischen Beziehung; in: E. Anselm et al. (Hrsg.): Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York 1999, 23–34
- Fassmann, H./Matuschek, H./Menasse, E.(Hrsg.): abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt/Celovec 1999
- Fischer, G./Gstettner, P. (Hrsg.): »Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen«. An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders »Erneuerungspolitik«. Klagenfurt/Celovec 1990
- Glötz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. München 1999
- Goldmann, H./Krall, H./Ottomeyer, K.: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Klagenfurt/Celovec 1992
- Gstettner, P.: Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst. Klagenfurt/Celovec 1988
- Gstettner, P.: Für eine Strategie des Konflikts; in: Kirfel, M./Oswalt, W. (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien/Zürich, 2.Aufl. 1991, 288–291
- Gstettner, P.: Die multikulturelle Gesellschaft – ein neues Feindbild? Pädagogische Herausforderungen durch Rechtsextremismus, Deutschnationalismus und Ausländerfeindlichkeit. (Klagenfurter Universitätsreden Band 24) Klagenfurt/Celovec 1993
- Jungk, R.: Gemütsfaschismus und Technofaschismus; in: Kirfel, M./Oswalt, W. (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien/Zürich, 2.Aufl. 1991, S. 7–9
- Lohmann, H.-M. (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt a.M. 1994
- Schwagerl, H.J.: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt a.M. 1993
- Sennet, R.: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. München 2000
- Virilio, P.: Rasender Stillstand. Essay. München/Wien 1992